

Rede in der Senatssitzung der Justus-Liebig-Universität Gießen

Sehr geehrter Senat, liebe Öffentlichkeit, liebe Stadtgesellschaft,

Zunächst möchte ich mich für die Möglichkeit, hier vor Ihnen zu reden, bedanken.

Wir sprechen heute für jene Menschen, die vom hessischen Innenminister öffentlich als „Extremisten“ verunglimpft wurden und die sich zwischen Samstag und Dienstag in der Hein-Heckroth-Straße versammelt haben. Es waren Familien mit Kindern, Mitglieder von „Omas gegen Rechts“, Seminargruppen der JLU, Nachbarinnen und Nachbarn, Arbeitslose und Studierende. Sie alle waren hier, um einen selbstverwalteten Raum für Gemeinschaft und gemeinsames Lernen aufzubauen, um Leben anders zu gestalten, um Kämpfe für eine bessere Welt und eine schönere Zukunft gemeinsam zu führen, um solidarisch miteinander und füreinander da zu sein.

Diesen Versuch, zivilgesellschaftliches Engagement auf diese Weise zu delegitimieren, weisen wir entschieden zurück. Wenn eine solidarische, friedliche Zusammenkunft mit einer Rhetorik bedacht wird, wie sie sonst gegen zivilgesellschaftliches Engagement von rechtspopulistischer Seite vorgebracht wird, dann ist das eine gefährliche Normalisierung dieser rechten populistischen Narrative – gerade in einer Zeit, in der die AfD in Umfragen und Wahlen an Boden gewinnt.

Initiativen wie „Stadt für Alle“ engagieren sich und kämpfen seit Jahren dafür, Leerstand zu beleben und für die Stadtgesellschaft wieder nutzbar zu machen. Wenn selbst diese Gruppe jahrelang ignoriert, in Entscheidungen übergangen und nicht Ernst genommen wird, welche Wege bleiben uns dann noch?

Schon die drei Tage, in denen das FreiTraumHaus mit Leben gefüllt wurde, haben gezeigt, wie notwendig ein solcher Ort für die Gießener Stadtgesellschaft und für die Studierendenschaft ist. Die Resonanz in der ganzen Stadt war durchweg positiv. Selbst die inzwischen 82-jährige Tochter des früheren Eigentümers, die in diesem Haus aufgewachsen ist, hat sich öffentlich für den Erhalt dieses Begegnungsraums ausgesprochen. Hier hat sich gezeigt, dass ein anderes Miteinander möglich ist – solidarisch und friedlich. Gießen braucht Orte wie diesen: für Begegnung, kulturelle Teilhabe und Weiterbildung. Solche „Dritten Orte“ sind ein wichtiges Mittel gegen einen fortschreitenden autoritären Umbau unserer Gesellschaft. Mit der Räumung hat die Universität diesem Umbau Vorschub geleistet, statt ihm entgegenzuwirken.

Das zeigt sich auch daran, dass die Universitätsleitung ausschließlich gewählte Gremien als legitime Gesprächspartner anerkennt. Durch die Bologna-Reformen ist die heutige Studierendenschaft jedoch weitgehend entpolitisiert worden – sichtbar auch an einer Wahlbeteiligung von gerade einmal acht Prozent bei den letzten Hochschulwahlen. Umso befremdlicher ist es, dass die Universitätsleitung zivilgesellschaftliches Engagement ihrer

eigenen Studierenden zu unterdrücken versucht, statt es zu fördern. Es ist an der Universität, hier Verantwortung zu übernehmen und die Nutzung des FreiTraum-Hauses zu dulden.

Wie der Politikwissenschaftler Claus Leggewie zu Recht anmerkte, hat die Universität Gießen eine große Chance vertan, als das besetzte Haus in der Hein-Heckroth-Straße geräumt wurde. Statt auf sofortiger Räumung zu bestehen, hätte die Universität ohne Weiteres eine zeitlich befristete Duldung aussprechen können. Niemandem wäre dadurch geschadet worden, kein Präzedenzfall wäre entstanden.

Wir merken dazu an: Ein Haus, das sechs Jahre leer stand, hätte ohne Nutzungskonflikte auf unbestimmte Zeit in eine Zwischennutzung überführt werden können– zumal konkrete kurzfristige Nutzungspläne von Seiten der Universität gar nicht vorlagen.

Zu keinem Zeitpunkt war die Universitätsleitung zu ernsthaften Verhandlungen bereit. Statt Räume sinnvoll zu nutzen, ließ sie lieber eigene Studierende mit Gewalt aus einem Gebäude räumen, unter Zerstörung von Bausubstanz, und den Leerstand weiter vor sich hin verrotten. Das war nicht immer so: Als in den 1970er Jahren das UHG besetzt wurde, stellte sich der damalige Universitätspräsident hinter die Besetzung und verhinderte eine polizeiliche Räumung. Bei der jüngsten Besetzung ist die amtierende Präsidentin nicht einmal vor Ort erschienen, um sich selbst ein Bild von der Lage und der Belebung des Leerstands zu machen.

Wir verurteilen die gewaltsame Räumung, die stattfand, noch bevor überhaupt ernsthafte Verhandlungen und eine Rücksprache mit den universitären Gremien erfolgt waren.

Während die Menschen im Haus pfleglich mit der Einrichtung umgingen, wurden im Zuge der Räumung Teile des Dachstuhls sowie Fenster und Geländer im Treppenhaus durch die polizeiliche Räumung beschädigt beziehungsweise zerstört. Dieser Kontrast spricht für sich.

Auch die Öffentlichkeitsarbeit der Universitätsleitung im Zuge der direkten Aktion sowie im Nachgang der Räumung verurteilen wir. Die Darstellung der Ereignisse gegenüber der Presse war aus unserer Sicht einseitig und in wesentlichen Punkten irreführend. Gerade für eine Institution, die sich wissenschaftlicher Redlichkeit verpflichtet fühlt, ist ein solcher Kommunikationsstil mehr als fragwürdig.

Wir fordern die Universitätsleitung daher auf, zu einer faktenbasierten Entscheidungsfindung und einer ehrlichen, transparenten Kommunikation zurückzukehren. Sollte dies nicht geschehen, fordern wir den Senat auf, gemeinsam mit dem Hochschulrat die Frage einer Abberufung der Präsidentin ernsthaft zu prüfen.

Wenn die Präsidentin und Kanzlerin gegenüber der Öffentlichkeit von einem „Angebot“ sprechen, das sie unterbreitet haben, erwecken sie den Eindruck eines Entgegenkommens, das es in dieser Form nicht gab. Tatsächlich hat sie lediglich das angeboten, wozu sie ohnehin gesetzlich verpflichtet ist und was auch längst stattfindet: Gespräche mit der verfassten Studierendenschaft.

Eine Gefahr für Personen, die nur durch ein Verlassen des Grundstücks hätte beseitigt werden können, bestand zu keinem Zeitpunkt. Das muss auch die Polizei so gesehen haben – wäre tatsächlich eine Gefahr für Leib und Leben gegeben gewesen, hätte sie schon aus präventivpolizeilichen Gründen räumen müssen, auch ganz ohne Strafantrag.

Auch dem Vorwurf der Illegalität widersprechen wir. Den illegalen Status hat die Zusammenkunft erst dadurch erhalten, dass Kanzlerin und Präsidentin ohne Not Strafantrag stellten, statt das Geschehen zunächst zu dulden und das weitere Vorgehen mit anderen Hochschulgremien wie dem Senat abzustimmen.

Wir verurteilen erneut den von Kanzlerin und Präsidentin zu verantwortenden Einsatz von Gewalt.

Als erzieherische Maßnahme haben Menschen weitere Besetzungen von Uni-Gebäuden angekündigt, friedlich aber bestimmt, bis Kanzlerin und Präsidentin lernen, dass Gewalt kein Mittel zu Lösung von Konflikten im städtischen Raum ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Pedro, im Namen des FreiTraum-Hauses

Die Häuser denen, die sie brauchen!